

Antwort von Oliver Paasch
auf eine Aktuelle Frage
zur Entwicklung der Gehälter im Unterrichtswesen

Plenarsitzung des Parlamentes der DG vom 24.02.2014

Sehr geehrter Herr Präsident,

werte Kolleginnen und Kollegen,

bekanntlich hatte die Regierung im März 2012 vor dem Hintergrund der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise mit den Gewerkschaften Verhandlungen über Sparmaßnahmen im öffentlichen Dienst aufgenommen, mit dem Ziel, den Haushalt der DG vor den Auswirkungen der Krise zu schützen.

Unser Ziel bestand von Anfang an darin,

trotz der drastischen Verschlechterung der Wirtschaftsparameter

den Haushalt der DG für das Jahr 2015 wieder ins Gleichgewicht zu bringen

und gleichzeitig die krisenbedingte Neuverschuldung auf ein absolutes Minimum zu begrenzen.

Politiker reden nicht gerne über Sparmaßnahmen,

-schon gar nicht im öffentlichen Dienst –

aber angesichts der dramatischen Auswirkungen dieser Krise erschien uns das damals erforderlich zu sein.

Ja, wir haben den Mut zum Sparen aufgebracht.

Und eines kann man jetzt schon vorwegnehmen.

Wir haben unser finanzpolitisches Ziel erreicht:

Wir haben mittlerweile für das Jahr 2015 wieder einen ausgeglichenen Haushalt hinterlegen können

und die krisenbedingte Neuverschuldung konnte von mehr als 200 Millionen EUR fast auf null reduziert werden.

Und übrigens :

Zwischen dem Beginn dieser Verhandlungen mit den Gewerkschaften über Sparmaßnahmen

und dem heutigen Tage

sind alle Gehälter im von der DG abhängigen öffentlichen Dienst
(auch im Unterrichtswesen)

trotz Krisendekret

um mindestens 2 % gestiegen.

Ich betone : „gestiegen“!

Für die meisten Lehrpersonen sind die Gehälter aufgrund von Annalen
und Biennalen,

die wir im Unterrichtswesen ja aufrecht erhalten haben,

um deutlich mehr als 2 % gestiegen.

Wie erklärt sich aber dann der leichte Rückgang im Januar 2014

im Vergleich zum Dezember 2013?

Diesen Rückgang hat es tatsächlich gegeben,

nicht nur im Unterrichtswesen sondern im gesamten von der DG
abhängigen öffentlichen Dienst.

Um das zu verstehen,

muss man sich noch einmal die Verhandlungen mit den
Gewerkschaften aus dem Jahr 2012 in Erinnerung rufen.

Bekanntlich gehört Belgien zu den wenigen Ländern, in denen Löhne und Gehälter indexiert werden.

Wenn die Preisentwicklung ein bestimmtes Niveau erreicht, werden alle Gehälter im öffentlichen Dienst automatisch um 2% erhöht.

Das nennt man einen Indexsprung.

Meistens geschieht das 1 mal pro Jahr.

Im Jahre 2012 wurden aber trotz Krise innerhalb von wenigen Monaten gleich 2 Indexsprünge angekündigt.

Vor diesem Hintergrund hatten wir den Gewerkschaften vorgeschlagen, einen dieser beiden Indexsprünge auszusetzen; also die Gehälter innerhalb von 9 Monaten nicht um 4% sondern um 2% zu erhöhen.

Um das technisch hinzubekommen, sollten die Gehaltsbaremen –nicht die Gehälter !–

zeitgleich mit dem 2. der beiden Indexsprünge,
also im Januar 2013, um 2% abgesenkt werden.

Hätten wir das damals so gemacht,
wären die Gehälter im Januar 2013 unverändert geblieben.

Sie wären innerhalb von 9 Monaten nicht um 4% sondern um 2 %
gestiegen.

Und auch im Januar 2014 wären die Gehälter gleich geblieben.

Wäre man diesem Vorschlag gefolgt,
wäre jetzt im Januar 2014 rein gar nichts passiert.

Nun hatten die Gewerkschaften aber aus wiederum nachvollziehbaren
Gründen eine andere Technik vorgeschlagen.

Sie wollten die Barmen nicht in einem Zug im Januar 2013 um 2%
absenken;

sondern in 2 Etappen:

Sie hatten vorgeschlagen, die Barmen um 1% im Januar 2013 und um
ein weiteres Prozent im Januar 2014 abzusenken.

Weil uns sehr an einer Verständigung mit den Gewerkschaften gelegen war,
haben wir diesem Vorschlag zugestimmt.

Die Folge davon war,
dass die Gehälter im Januar 2013 nicht,
wie ursprünglich vorgesehen,
gleich geblieben sind,
sondern sogar um 1% angehoben wurden.

Alle Gehälter im öffentlichen Dienst der DG sind trotz Krisendekret im Januar 2013 um 1% gestiegen.

Diese Erhöhung wurde nun durch die 2. Etappe des Krisendekrets im Januar 2014 wieder zurückgenommen.

Das ist alles.

Die Gehälter im öffentlichen Dienst befinden sich also jetzt wieder auf dem Niveau von vor 13 Monaten.

Beim nächsten Indexsprung werden sie dann wieder um 2% erhöht.

Und im September 2014 werden zahlreiche Lehrpersonen über Annalen und Biennalen weitere Gehaltserhöhungen erhalten.

Die Gewerkschaften haben sich damals mit uns auf dieses Kompromisspaket nicht „geeinigt“ aber verständigt.

Sie haben uns den sozialen Frieden gewährt,
sie haben dieses Krisendekret als „so sozial verträglich wie eben möglich“ bezeichnet
und sie haben in ihren schriftlichen Stellungnahmen ausdrücklich „Verständnis“ für diese Maßnahmen aufgebracht.

Dafür bin ich den Gewerkschaften heute noch sehr dankbar.

In diesem Kompromisspapier hat die Regierung auch der Forderung zugestimmt,

die Gehälter im öffentlichen Dienst zusätzlich zum Index und zu den Biennalen in den Jahren

2018 und 2019 wieder um insgesamt 2% linear zu erhöhen.

Wir haben diese Erhöhung damals im Krisendekret dekretal,
oder wenn Sie so wollen, gesetzlich verankert.

Daran hat sich bis heute nichts geändert.

Frau Kollegin Möres,

auch ich habe aber bei meinem Schulbesuchen oftmals das Gerücht
vernommen,

diese Erhöhung sei nicht mehr dekretal verankert.

Ich weiß nicht, wo dieses Gerücht herkommt, aber

Lehrpersonen machen sich deshalb in der Tat Sorgen.

Das müssen wir ernst nehmen.

Deshalb begrüße ich ausdrücklich, Frau Kollegin Möres,

dass Sie diese Sorge in Ihrer Frage aufgegriffen haben.

Ihre Frage erlaubt mir nämlich, dieses Gerücht zu entkräften
und zu bekräftigen,

dass diese Erhöhungen weiterhin dekretal abgesichert sind.

Sie sind bereits gesetzlich verankert.

Und wie Sie wissen, muss ein Dekret nicht zweimal verabschiedet werden.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.